

NEWSLETTER

Juni 2012



BERLINER LINKE (BL)

INHALT

Deutschland

Europa aus der neoliberalen Ideologiefalle befreien!

Philipp Steinberg

Entgeltgleichheit für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Mechthild Rawert

Berlin

Schwerpunkte für den kommenden Doppelhaushalt

Clara West

Strom- und Gaskonzessionen als Chance nutzen

Nikolaus Karsten

Frauenförderung als Innovationsschub

Ina Czyborra

Mehr Geld für den Sport

Dennis Buchner

SPD

Die Jusos nach den Wahlen

Kevin Kühnert

Bunt und vielfältig

Aziz Bozkurt

Aufruf

Nein zum Betreuungsgeld! Ja zu echter Wahlfreiheit!

Die Chance für einen Richtungswechsel nutzen Europa aus der neoliberalen Ideologiefalle befreien!



*Philipp Steinberg,
Mitglied des GKV SPD Mitte, Vorsitzender des FA EU-Angelegenheiten*

Der Sieg von François Hollande bei den französischen Präsidentschaftswahlen hat eine bislang ungeahnte Möglichkeit geschaffen, die konservative Hegemonie in Europa zu brechen. Nun kommt es darauf an, gemeinsam mit unseren französischen Freundinnen und Freunden zu handeln. Wir teilen eine gemeinsame Analyse: Die Krise in der Eurozone ist eben ganz überwiegend keine „Staatschuldenkrise“ – sondern eine Banken- und Regulierungskrise.

Hätte es noch eines Beispiels bedurft, müssen wir nur nach Spanien schauen. Dieses Land erlebt gerade ein 2008 reloaded – nämlich eine dramatische Bankenkrise. Kurz: Die Banken haben sich – unterstützt durch unzureichende Aufsicht und Regulierung – verzockt. Dabei hat Spanien – wie auch Irland – die Maastricht Kriterien immer eingehalten.

Daneben erleben wir auch eine Leistungsbilanzkrise. Deutschland hat einen Leistungsbilanzüberschuss von 5 Prozent, seit der Wiedervereinigung hat Deutschland Güter und Dienstleistungen im Wert von über 1,5 Billionen Euro mehr verkauft, als eingekauft. Griechenland, Spanien und Portugal haben hohe Leistungsbilanzdefizite. Das ist problematisch in einer Währungsunion, in welcher unterschiedliches Leistungsvermögen nicht mehr durch Wechselkursanpassungen kompensiert werden kann. Anders als von Merkel behauptet, lebt Deutschland jedoch damit nicht über seine Verhältnisse – es bleibt deutlich unter seinen Verhältnissen! Neben Anpassungen in den Defizitstaaten brauchen wir in Deutschland: Lohnabschlüsse, die Inflation und Produktivitätsfortschritte überkompensieren. Deswegen sind die aktuellen Tarifabschlüsse richtig.

Eine Wirtschaftspolitik, welche die private und öffentliche Investitionsquoten, die unterdurchschnittlich sind, erhöht, damit das Kapital nicht ins Ausland abfließt Mindestlöhne und eine Re-Regulierung von Leih- und Zeitarbeit sowie eine Steuerpolitik, die sich auch aus ökonomischen Gründen traut, Umverteilung ernst zu nehmen. Der konservative Lösungsansatz, der versucht, die Krise auf eine Staatsschuldenkrise zu reduzieren, ist verfehlt.

Und damit auch ein Lösungsansatz wie ein „Fiskalpakt“, der nur hier ansetzt. Noch schlimmer wird es, wenn man sich einmal in die Vorschläge aus Kanzleramt und BMF anschaut: Man hat das Gefühl, zurück in die 90er Jahre versetzt zu werden. Da werden doch allen Ernstes die europaweite Einführung von Minijobs, Privatisierung in allen Bereichen der Daseinsvorsorge und weitere „Strukturreformen“ als alleinige Lösung präsentiert. Das kann es nicht sein!

Dem müssen wir klare Forderungen von links, die keine Lippenbekenntnisse bleiben dürfen, entgegenstellen. Kurzfristig notwendig sind:

1. Eine verbindliche Stärkung der Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, notfalls auch im Wege der verstärkten Zusammenarbeit, deren Aufkommen für wirtschaftlich nachhaltige Investitionsprogramme eingesetzt werden kann.
2. Ein Europäisches Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Chancen und Perspektiven der jungen Generation.

3. Ein Europäischer Investitions- und Aufbaufonds mit einer Übereinkunft zur verbindlichen Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung.
4. Eine wirksame Bekämpfung der Bankenkrise: Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking, europäische Bankenaufsicht, Regulierung der Schattenbanken und Eindämmung der Rohstoffspekulation. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Restrukturierungs- und Abwicklungsregime für in Schieflage geratene Kreditinstitute.
5. Keine weitere Verschärfung der Konsolidierungsanstrengungen der deutschen Bundesländer durch wie auch immer geartete Austeritätsprogramme.
6. Keine Angst vor Eurobonds! Die SPD hat zu Recht die Einführung konditionierter gemeinschaftlich besicherter Anleihen für einen Teil der Staatsschulden gefordert. Der Schuldentilgungsfonds stellt eine Möglichkeit dar, diese Forderung umzusetzen. Danach wird der Teil nationaler Schulden, der 60 Prozent des BIP überschreitet, gegen Garantien (Gold oder andere Werte) in einen Tilgungsfonds ausgelagert. Für diesen Teil wird gemeinschaftlich gehaftet, um die Refinanzierungskosten zu senken. Gleichzeitig ist ein verbindlicher Schuldenabbauplan zu vereinbaren.
7. Europäischen Währungsfonds einrichten! Notwendig ist das Vorziehen des permanenten Rettungsschirms (ESM) auf 2012 und dessen Weiterentwicklung zu einem Europäischen Währungsfonds. Um eine ausreichende Schlagkraft zu gewährleisten, muss dieser – wie jede Geschäftsbank – in die Lage versetzt werden, sich bei der EZB Liquidität zu besorgen. Die Abhängigkeit der Staaten vom privaten Bankensektor würde so deutlich reduziert. Der ESM ist demokratisch zu legitimieren.

Eine Ablehnung des ESM, wie es der Charlottenburger Antrag zum Landesparteitag fordert, ist falsch. Zwar ist die Kritik an der falschen Politik, die den Banken, und nicht den Menschen, zugutekommt, richtig. Es ist aber falsch, diese Kritik auf dem Rücken der Menschen in Europa auszutragen. Denn ohne den ESM würde sich die Situation für die Menschen nicht nur in Griechenland dramatisch verschlechtern, da man sie damit den Finanzmärkten ohne Schutz ausliefern würde. Das sind nur die kurzfristigen Schritte – mittel- und langfristig müssen die institutionellen Fehler der Währungsunion beseitigt werden, und die Eurozone zu einer politischen Union ausgebaut werden. Dazu muss sich die Sozialdemokratie bekennen – auch wenn das den weiteren Transfer von Kompetenzen nach Europa mit sich bringt.

Für den Landesparteitag liegt ein Antrag des Fachausschuss EU-Angelegenheiten und des Kreises Mitte dazu vor: Für eine wachstumsfördernde europäische Wirtschafts- und Fiskalpolitik - Fiskalpakt in der vorliegenden Form ablehnen! Darin ist auch eine nähere Begründung der Forderungen enthalten.

Entgeltgleichheit für gleiche und gleichwertige Arbeit!



*Mechthild Rawert,
Bundestagsabgeordnete für Tempelhof-Schöneberg*

Gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit - das will die SPD-Bundestagsfraktion. Und damit dies Wirklichkeit wird, haben wir zusammen mit Prof. Dr. Heide Pfarr, Leiterin der Hans-Böckler-Stiftung, ein Entgeltgleichheitsgesetz entwickelt. Unser „Entwurf eines Gesetzes zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebotes für Frauen und Männer (Entgeltgleichheitsgesetz)“ (Drucksache 17/9781) wird am Donnerstag, 14. Juni 2012, im Deutschen Bun-

destag in erster Lesung debattiert.

Mit einer Entgeltlücke in Höhe von 23 Prozent beim Durchschnittsverdienst von Männern und Frauen ist Deutschland unter den europäischen OECD-Ländern beschämender Europameister im Diskriminieren. Und dieser Gender Pay Gap hat Auswirkungen auf das gesamte Frauenleben: Aus 23 Prozent weniger Gehalt oder Lohn resultiert eine Rentenlücke von 59 Prozent zu Lasten der Frauen, resultiert Frauenaltersarmut.

Wir schaffen endlich gesetzliche Regelungen!

Maßnahmen wie Aufklärung, Appelle oder auf Freiwilligkeit setzende Vereinbarungen sind nachweislich wirkungslos. Wir machen Schluss mit den strukturellen Defiziten des geltenden Rechts. Deshalb erhalten sachverständige Personen eine entscheidende Rolle. Ihre Einbeziehung z.B. bei der Information über Verfahren zu Prüfinstrumenten zur Entgeltdiskriminierung und über geschlechtergerechte Entgeltsysteme sowie ihre Verpflichtung zur Prüfung der Entgeltsysteme stoßen Veränderungsprozesse in Betrieben und Dienststellen und bei den Tarifparteien an. Umgesetzt werden müssen diese dann allerdings von denjenigen selbst, die für die Entgeltsysteme zuständig sind. Gerichtliche Verfahren dienen nur der Sanktionierung bei gesetzwidriger Untätigkeit.

Mit unserem Entgeltgleichheitsgesetz bringen wir Arbeitgeber, betriebliche Interessenvertretungen und Tarifvertragsparteien dazu, Entgeltdiskriminierung zu beseitigen und endlich Entgeltgleichheit zu schaffen. Zu den gesetzlichen Verpflichtungen gehören u.a.

Schaffung von Transparenz über die Entlohnung

Über Löhne darf gesprochen werden. Wir verpflichten die Unternehmen zur Erstellung von Entgeltberichten. Das schafft die notwendige Transparenz über die betriebliche Bezahlung. Die Antidiskriminierungsstelle prüft diese Berichte auf Diskriminierung.

Einleitung eines Prozess zur Beseitigung der Entgeltungleichheit, der Lohndifferenz.

Im Fall von Verdachtsmomenten für Lohndiskriminierung muss eine zweite detaillierte Prüfung diese bestätigen oder ausräumen. Vornehmen kann diese Prüfung die Tarifvertragsparteien, Betriebs- oder Personalräte und Antidiskriminierungsverbände. Wird Entgeltdiskriminierung festgestellt, wird ein verbindlicher Prozess zu ihrer Beseitigung in Gang gesetzt. Unter Beteiligung von Arbeitnehmervertreter/innen wird für diskriminierungsfreie Entgeltsysteme gesorgt.

Instrumente der Kontrolle und Durchsetzbarkeit von Lohngleichheit

Bleiben die Unternehmen untätig, zwingen wir sie zur Beseitigung der Entgeltdiskriminierung. Wir schaffen verbindliche Pflichten, Fristen und Sanktionen.

Entgeltungleichheit als Machtfrage

Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern ist eine der zentralen Machtfragen unserer Gesellschaft. Längst ist diese Machtfrage mehr als eine „private“ ökonomische Beziehungsfrage zwischen Frauen und Männern auf der Basis der tradierten kulturellen Rollenbilder „Männer als erwerbstätige Haupternährer“, „Frauen als Familienfrauen und ggf. Zuverdienerinnen“. Vorbei die Zeiten die einen arbeiten für Geld, die anderen aus Liebe. Schon heute sind über 13 Prozent Frauen die häufig alleinigen HauptverdienerInnen. Diese Machtfrage im Zeitalter einer neuen Dienstleistungskultur ist verwoben mit der von Berufen und Branchen, von geschlechtersegregierten Arbeitsmärkten, von sogenannten Frauen- und von Männerberufen. Mit unserem Entgeltgleichheitsgesetz stoßen wir das Tor auf zu einer geschlechtergerechten Arbeitswelt, die allen alles ermöglicht: Erwerbsarbeit, familiale Care-Arbeit und zivilgesellschaftliches Engagement.

Schwerpunkte der SPD-Abgeordnetenhausfraktion für den kommenden Doppelhaushalt



*Clara West,
stellvertretende Vorsitzende der SPD-Abgeordnetenhausfraktion*

Sparen alleine ist noch keine (vor allem keine linke) Politik. Nichtsdestotrotz darf man eines nicht vergessen: Uns sind durch die Schuldenbremse enge Rahmenbedingungen gesetzt. Sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr werden wir daher jeweils 160 Millionen Euro weniger neue Schulden aufzunehmen als geplant. Ohne Frage stellt uns auch der Wechsel des Koalitionspartners in diesem Sinne vor große Herausforderungen: In der kommenden Woche beschließen wir den ersten Haushalt gemeinsam mit der CDU.

Insgesamt bleibt es beim Schwerpunkt Bildung - der Bereich wird auch weiterhin aus allen Einsparungen ausgenommen; es wird einen Aufwuchs bei den Kita-Plätzen geben. Diese Schwerpunktsetzung bildet sich auch in den Umschichtungen ab, mit denen wir uns als Fraktion in den Verhandlungen durchsetzen konnten.

Darüber hinaus ist es erfreulich, dass insbesondere die lokale Daseinsvorsorge gestärkt wird; nicht nur durch die zusätzlichen 50 Millionen für die Bezirke. So wird das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm verdoppelt und weitere 8 Millionen Euro für die Sanierung der kommunalen Bäder in die Hand genommen. Hervorzuheben ist auch der Ausgleich der Tarifierungen für Beschäftigte für Einrichtungen, die Zuwendungen vom Land Berlin erhalten und damit Sicherung der Arbeit der entsprechenden Träger im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich sowie die Aufstockung der Mittel für die freie Kulturszene.

Sich aus eigener Kraft besser stellen: Die Vergabe der Strom- und Gaskonzessionen sind eine Chance für Berlin



*Nikolaus Karsten,
Sprecher Sonderausschuss Wasserverträge im Berliner Abgeordnetenhaus*

Die Vergabe der Konzession für die Strom- und Gasnetze bietet die Chance für Berlin, sich aus eigener Kraft und ohne Hilfe von außen um ein großes Stück besser zu stellen. Wer die Konzession bekommt hat einen Übereignungsanspruch zu einem angemessenen Preis. Unter den Augen der Regulierungsbehörde fließen Jahr für Jahr Monopolgewinne weit über hundert Millionen Euro aus den Taschen der Berlinerinnen und Berliner in die schwedische Hauptstadt – „Wasserbetriebe Teil II“

Die überraschend hohe Anzahl der Gesellschaften, die ihr Interesse bekundet haben, um im Zuge der Vergabe der Konzessionen die Netze zu bekommen, sind der Beweis dafür, dass die Chancen die Risiken überwiegen. Natürlich gibt es in der Koalition hierzu unterschiedliche Meinungen. Die einen bevorzugen eher eine private Lösung und die anderen eher eine Rekommunalisierung.

Also haben wir uns in der Koalition auf ein Verfahren geeinigt. Ein Konzessionsvergabeverfahren, an dessen Ende die optimale Lösung für die Stadt stehen wird. Wir nehmen hier nichts vorweg, sondern werden aktiv in den Vergabeprozess einsteigen. Und das auch mit einer starken landeseigenen Gesellschaft – Berlin Energie.

Die einen wollen Null Prozent und die anderen 100 Prozent – dann ist doch klar was rauskommt, nämlich 50 Prozent. Nehmen wir mal an, es wäre so einfach, dann stellt sich immer noch die Frage: 50 Prozent wovon?

Hamburg z.B. hat sich mit 25 Prozent an der gesamten Energiewirtschaft beteiligt – also an den Stromnetzen, den Gasnetzen, den Fernwärmenetzen und sogar den Kraftwerken. Hierfür hat Hamburg 543 Millionen bezahlt. Für den gleichen Preis hätten sie auch 100 Prozent der Stromnetze übernehmen können. Und das ist in Berlin genau so. 25 Prozent auf alles entspricht 100 Prozent der Stromnetze und – als Faustformel: 50% auf alles entspricht 100 Prozent der Strom- und der Gasnetze.

Wenn man es etwas genauer betrachtet, dann fällt auf: das einzig wirklich wahre Monopol sind die Stromnetze. Denn: Das Gasnetz konkurriert mit dem Fernwärmenetz, auch eine Beheizung mit Öl ist möglich oder Holz oder Geothermie. Aber alle brauchen Strom! Und ganz bestimmt auch weit über die nächsten 20 Jahre hinaus.

Und weil diese Langfristigkeit dem Geschäft innewohnt, ist es auch riskant, allein auf das Ordnungsrecht zu bauen. Warum fordert - jüngst im Handelsblatt nachzulesen – der Niedersächsische Ministerpräsident David Mc Allister eine Verstaatlichung der Netze? Er befürchtet, dass eben gerade nicht das Ordnungsrecht ausreicht, um die Energiewende voranzubringen, wenn – in diesem Fall ein niederländischer Netzbetreiber – aus seiner Eigentumsposition heraus eine überhöhte Kapitalrendite erpressen kann.

Das Gasnetz ist dann wichtig, wenn Strom aus Gas produziert werden soll. Und weil Berlin die führende Stadt der Republik in Sachen Kraft-Wärme-Kopplung ist, sollten wir in diesem Hause ein Landeswärmegesetz anstoßen, welches sicherstellt, dass diese effizienteste Form der Energienutzung weiter ausgebaut wird und wir unsere Spitzenposition behalten.

Die Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge befindet sich in intensiver Diskussion und Austausch mit den Beteiligten. Und ein Ergebnis steht jetzt schon fest: ein Zurück in die Jahre in denen Gasag und Bewag mehr öffentliche Beschäftigungsgesellschaften waren als effiziente Unternehmen der Daseinsvorsorge, wird es nicht geben. Ohne die Berliner Beschäftigten, die heute – nach einem massiven Personalabbau in den letzten 12 Jahren – die Netze betreiben, wird es aber auch in Zukunft keinen effizienten Netzbetrieb geben. In diesem zentralen Punkt besteht Einigkeit in der Koalition.

Die Vergabe der Konzessionen darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Denn den Berliner Energienetzen wurde durch die Regulierungsbehörde eine Effizienz von 100 Prozent bescheinigt. Um das beste mögliche Ergebnis für das Land zu erzielen, müssen wir mit einer starken landeseigenen Gesellschaft Berlin Energie in das Verfahren gehen.

Berliner Bildung stärken – die ersten 100 Tage



*Björn Eggert,
Sprecher für Jugend und Familie im Berliner Abgeordnetenhaus*

Vor etwas mehr als drei Monaten kamen die neuen Abgeordneten des Berliner Parlaments zusammen, darunter auch die Bildungspolitiker der Hauptstadt. Aber was geschah seitdem in Sachen Bildung?

Angefangen bei den Schulen, in denen es durch die vergangenen Reformen viele Veränderungen gibt: Schule soll nicht mehr nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Ort des Lebens sein. Um dieses Ziel zu verwirklichen, wurde die Ganztagsbetreuung ausgebaut, besonders in sozialen Brennpunkten. Soziale Unterschiede zwischen den Kindern und ihren Familien können so besser ausgeglichen werden. Für 2012 werden dafür 0,59 Millionen Euro mehr eingesetzt, für 2013 sogar 1,9 Millionen Euro zusätzlich.

Aber auch für den Unterricht selbst konnten Erfolge erzielt werden: 300 neue Lehrer haben bereits einen unbefristeten Arbeitsvertrag unterzeichnet, damit wurde jede offene Stelle neu besetzt. Auch in Zukunft wird für jede freiwerdende Lehrerstelle neues Personal eingestellt.

Nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gibt es Verbesserungen für das Schulpersonal: Senatorin Sandra Scheeres hat die Kommission Lehrerbildung eingesetzt. Diese wird die Lehrerbildungsreform vorbereiten. Am Ende dieses Prozesses soll ein neues Lehrerbildungsgesetz stehen. Ziel ist es so, die Lehrerinnen und Lehrer für die neuen Herausforderungen ihres Berufes, wie heterogene Klassen und Inklusion aus- und weiterzubilden.

Bildung endet bekanntlich nicht in der Schule, auch im wissenschaftlichen Bereich hat sich einiges bewegt: Die Universitäten HU und FU erarbeiteten in den vergangenen Monaten ihre Bewerbungen für den bundesweiten Exzellenzwettbewerb, hierbei wurden sie von der Senatsverwaltung beraten und unterstützt. Für Berliner Spitzenförderung setzt sich auch die Berliner Einstein-Stiftung ein. Die Finanzierung der Stiftung wurde im Doppelhaushalt gesichert.

Die Charité als Bildungsstandort wird Teil eines bundesweiten Forschungsprojektes: Zunächst beteiligt sich das Forschungszentrum gemeinsam mit dem MDC (Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin) an einem bundesweiten Pilotprojekt. Für dieses zentrale Wissenschaftsprojekt haben Senatorin Scheeres und Bundesministerin Schawan eine Arbeitsgruppe eingesetzt. 2013 soll das Programm beginnen.

Um für mehr Gleichberichtigung in der Wissenschaft zu sorgen, wurde das Berliner Chancengleichheitsprogramm geschaffen. Der Senat hat die Finanzierung für weitere vier Jahre gesichert. Das Chancengleichheitsprogramm umfasst Maßnahmen, um Frauen in der Wissenschaft zu fördern und um ihre wissenschaftlichen Karrieren zu unterstützen. Dem Programm stehen insgesamt etwa 3,4 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung.

Was die Arbeit der vergangenen 100 Tage deutlich macht: Es hat sich schon viel getan im Bereich der Berliner Bildungspolitik. Bildung stellt ein zentrales Thema der Berliner Politik dar. Aber wir haben uns auf den ersten Erfolgen nicht ausgeruht, sondern gleichzeitig Weichen für weitere Projekte und Verbesserungen gelegt. So können die Berlinerinnen und Berliner optimistisch in die Zukunft der Bildung in ihrer Stadt schauen.

Frauenförderung als Innovationsschub



*Ina Czyborra,
frauenpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordnetenhausfraktion*

Alle einen Erfolg in der Frauenpolitik können wir zusätzliche 400 000 Euro für das Berliner Chancengleichheitsprogramm für Frauen an den Hochschulen werten. Berlin liegt mittlerweile an der Spitze, was den Anteil von Frauen an den Professuren betrifft. Frauenförderung ist auch ein Innovationsschub für die Hochschulen. Alles aber kein Grund, sich auszuruhen, denn mehr und mehr wird der Frauenanteil auch zum Kriterium für das Einwerben von Drittmitteln und ist damit eine Säule der Exzellenz.

Im Bereich der Frauenprojekte, die überwiegend als Zuwendungsempfänger arbeiten, haben wir einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, indem die Tarifanpassung auf die neuen Tarife des TVL zumindest teilweise finanziert wird und damit die Personalsituation verbessert und das Angebot erhalten wird.

Mehr Geld für den Sport



*Dennis Buchner,
sportpolitischer Sprecher der SPD-Abgeordnetenhausfraktion*

In den Haushaltsberatungen im Bereich Sport sind gleich an zwei Stellen maßgebliche Erfolge erzielt worden. Der beschlossene deutliche Aufwuchs im Bereich des Schul- und Sportstättenanierungsprogramms ermöglicht es den Bezirken, in 2012 und 2013 weiter für die bauliche Unterhaltung der Sportstätten zu sorgen. Davon profitiert der Schulsport, in den Nachmittagsstunden und abends aber auch die Sportvereine.

Seit der letzten Legislaturperiode wurden bereits über 72 Millionen Euro in die Sanierung der Berliner Bäder investiert. Mit einer kräftigen Aufstockung von rund 42 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren sorgen wir dafür, dass auch in den nächsten Jahren Sanierungen und Instandhaltungen bei den Berliner Bädern möglich sind. Die kommen nicht nur dem Schul- und Vereinsschwimmen zu Gute, sondern auch denen, die individuell eines der 37 Berliner Hallenbäder nutzen wollen. Diese Zahl haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, mit dem Abschluss der Sanierungsarbeiten an einer Reihe von Bädern bis Ende 2013 wird sie erreicht. Plänen der Berliner Bäderbetriebe, ihr Defizit ausgerechnet auf dem Rücken der Kinder mit einem höheren Beitrag beim „Super-Ferien-Pass“ zu reduzieren, haben wir eine klare Absage erteilt.

Im eigenen Haushaltsplan konnten zudem kleinere Aufwüchse bei der Finanzierung der Trainerstellen im Spitzensportbereich sowie beim Vereinsinvestitionsprogramm finanziert werden, die sich der organisierte Sport „gewünscht“ hatte. Entsprechend zufrieden hat sich der Landessportbund mit unserem Haushaltsentwurf gezeigt.

Die Jusos nach den Wahlen



*Kevin Kühnert,
Vorsitzender der Jusos Berlin*

Die Jusos Berlin haben auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz am 24. und 25. März einen neuen Vorstand gewählt und zahlreiche Anträge diskutiert und beschlossen. Neuer Landesvorsitzender der fast 4 500 Berliner GenossInnen ist Kevin Kühnert (22, Tempelhof-Schöneberg). Er folgt Christian Berg (Neukölln), der nicht mehr kandidierte. Weitere Wahlergebnisse sind auf der Homepage der Jusos Berlin (www.jusosberlin.de) zusammengefasst.

Inhaltlich setzten die 81 Delegierten auch weiterhin auf ein klares Profil als eigenständiger, linker Jugendverband. Das beschlossene Landesarbeitsprogramm unterstreicht den Anspruch, als größter politischer Jugendverband der Stadt wichtige Debatten maßgeblich zu begleiten. Das Kernprojekt für die kommenden zwei Jahre umfasst daher eine größere Auseinandersetzung mit der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise, den Auswirkungen auf die Lebensbedingungen junger Menschen und die Frage, welche politischen Forderungen von den Jusos nun zwingend abgeleitet werden müssen und welche Rolle Europa dabei spielt.

Aber auch städtische Themen werden ihren Platz finden. Ein kommunalpolitischer Gesprächskreis für interessierte Jusos mit und ohne Mandat wurde bereits eingerichtet. Außerdem wird sich der Verband in verschiedenen Bündnissen einbringen, die sich mit öffentlicher Daseinsvorsorge, Rekommunalisierung und Wohnen beschäftigen. Die Frage „Wem gehört die Stadt?“ bleibt eine wesentliche Triebfeder der Jusos. Fortgesetzt wird auch die etablierte und weit über die Parteigrenzen hinaus anerkannte Bündnisarbeit im Bereich Antifaschismus/Antirassismus. Hierbei bringen sich die Jusos in zahlreichen Zusammenhängen ein und tragen ganze Aktionsbündnisse und überregionale Strukturen mit ihrer Erfahrung und Expertise.

Für Nachfragen zu Positionen, Materialien oder der politischen Zusammenarbeit könnt Ihr die Berliner Jusos jederzeit unter info@jusosberlin.de oder kevin.kuehnert@jusosberlin.de erreichen.

Bunt und vielfältig



*Aziz Bozkurt,
Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt*

Mit einer Wahlbeteiligung von über 330 Genossinnen und Genossen fanden am 23. April die Wahlen für den Landesvorstand der AG Migration und Vielfalt statt. Als Vorsitzender wurde der Friedrichshain-Kreuzberger Genosse Aziz Bozkurt gewählt, der sich mit 192 zu 132 gegen Ülker Radziwill durchsetzte. Den geschäftsführenden Landesvorstand komplettierten Serpil Küçük (Mitte), Serge Embacher (Tempelhof-Schöneberg) und Charikleia Mastora (Steglitz-Zehlendorf) als stellvertretende Vorsitzende und die Schriftführerin Marianne Lillie-Schirmacher (Spandau).

Auf einer mitgliederoffenen Klausur am 17. Juni will die AG über die Schwerpunkte der nächsten beiden Jahre diskutieren. Mögliche Schwerpunkte wurden bei der Mitgliedervollversammlung von Aziz Bozkurt skizziert. Dabei ging es u.a. um die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für eine linke Migrations- und Teilhabepolitik, insbesondere im Hinblick auf die nächsten Bundestagswahlen, um eine aktivere Rolle beim Diskurs um das Thema Rassismus in unserer Gesellschaft und um die Weiterentwicklung der Integrationspolitik auf Landesebene, bei der wir nun durch eine wachsende Anzahl von Landesregierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung in einem positiven Ideenwettbewerb stehen.

Erste inhaltliche Beiträge nach der Wahl lieferte die AG bei ihrer Mitgliedervollversammlung mit den auf dem Landesparteitag zu diskutierenden Anträgen zu den Themen Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, das Flughafenasylverfahren und das Aussetzen von Abschiebungen syrischer Flüchtlinge. U.a. beim Antrag 55/I/2012, wo es um die Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse in Landeshoheit geht, wird es wohl eine Debatte geben, da die AG die Weiterleitung an die Abgeordnetenhausfraktion gerne mit einem Votum des Landesparteitags bestärkt sehen würde.

Die Arbeit der AG soll in den nächsten beiden Jahren durch eine stärkere parteiinterne und -externe Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, was in den letzten Wochen durch eine intensive Begleitung der öffentlichen Debatten begonnen hat. Unterstützt soll dies durch eine transparentere und beteiligungsorientierte Arbeit des Landesvorstands werden. Deshalb freut sich die AG über alle Interessierte, die dazu beitragen wollen, eine aktive und progressive Politik in den Themenfeldern Migration und Vielfalt zu entwickeln.

Aufruf

Nein zum Betreuungsgeld! Ja zu echter Wahlfreiheit!

Das Betreuungsgeld ist schädlich.

Das Betreuungsgeld ist teuer.

Das Betreuungsgeld will niemand – außer der CSU.

Als Bündnis über Parteigrenzen hinweg machen wir uns dafür stark, dass Eltern ein gutes und verlässliches Betreuungsangebot für Kinder haben. Damit alle Kinder in ihrer Entwicklung gefördert werden. Damit Mütter und Väter ihr Leben, Familie und Beruf, so organisieren können, wie sie es für richtig halten. Das gibt es nicht umsonst. Dafür werden die Milliarden gebraucht, die für das Betreuungsgeld vorgesehen sind.

Das wissen auch viele Abgeordnete der Koalitionsfraktionen. Ihr Verantwortungsbewusstsein ist jetzt gefordert – bei der entscheidenden Abstimmung im Bundestag. Denn wir brauchen das Geld dringend für den Ausbau von Kita-Plätzen. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass die angestrebte Betreuungsquote von 35 Prozent unter dem heutigen Bedarf zurückbleibt. Wir brauchen keine Anreize, Kinder von zusätzlicher Förderung fernzuhalten und vor allem Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erschweren. Für mehr und für bessere Betreuungsangebote!

Investitionen in Kitas und Krippen, in mehr Plätze aber auch in mehr Qualität, sind eine wichtige Voraussetzung, dass alle Kinder gut gefördert und betreut werden. Wir wollen, dass jedem Kind, unabhängig vom sozialen Status oder Herkunft, die bestmöglichen Bildungschancen offen stehen – und zwar von Anfang an. Dafür ist der weitere Kita-Ausbau zwingend notwendig.

Fehlende Betreuungsplätze sind das größte Hindernis für Eltern, im Beruf den Anschluss zu halten. Der Zugang zu eigenständigem Erwerbseinkommen ist der beste Schutz vor Armut. Ohne verlässliche öffentliche Betreuungsinfrastruktur ist diese aber gerade für Familien mit mittleren oder geringeren Einkommen und für Alleinerziehende, die sich keine private Betreuung leisten können, nicht möglich. Gerade sie sind dann im Alter von Armut bedroht.

Echte Wahlfreiheit gibt es nur mit guten Kitas und ausreichend Plätzen. Noch im Juni soll der Bundestag über das Betreuungsgeld entscheiden.

Wir fordern die Bundesregierung und die sie tragende Koalition von CDU, CSU und FDP auf, das Betreuungsgeld abzulehnen und stattdessen mehr Geld in den Ausbau von qualitativ hochwertigen Kindertageseinrichtungen zu investieren.

Auch Eure Meinung zählt! Unterzeichnen hier: www.neinzumbetreuungsgeld.de